



Im Interregnum

»Das Alte stirbt, und das Neue kann nicht zur Welt kommen.« Die von Kriegen und Krisen geprägte Gegenwart ist wie vor 100 Jahren eine Zeit des Übergangs. Doch die Revolution ist nicht in Sicht. Vorabdruck.
 Von Frank Deppe

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 25. JULI 2017 · NR. 170 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Diplomatisch

Die Verhandlungen in Genf für einen Frieden in Syrien sind außerordentlich schwierig. Ein Ortsbesuch

3

Dreist

Betongold: Kernvorhaben der neuen NRW-Regierung ist die »Entfesselung des Wohnungsmarktes«

4

Defensiv

Neue US-Sanktionen gegen EU-Geschäfte mit Russland: Politik und Kapital alarmiert, aber hilflos

9



Solidarität mit den Angeklagten am Montag vor dem Justizpalast in Istanbul

Journalismus angeklagt

Prozess gegen Redaktion und Mitarbeiter von türkischer Zeitung *Cumhuriyet* in Istanbul eröffnet. Von Kevin Hoffmann

Am gestrigen Montag hat vor der 27. Großen Strafkammer in Istanbul der Prozess gegen 17 leitende Mitarbeiter und Journalisten der regierungskritischen türkischen Tageszeitung *Cumhuriyet* begonnen, von denen elf in Untersuchungshaft sitzen. Zwei weitere Beschuldigte flohen aus der Türkei, unter ihnen der ehemalige Chefredakteur Can Dündar. Dieser betreibt inzwischen von Deutschland aus die zweisprachige Internetplattform *Özgürüz* (Wir sind frei).

Allen Angeklagten wird die »Mitgliedschaft in einer bewaffneten terroristischen Organisation« oder deren Unterstützung, zum Beispiel durch Propaganda, vorgeworfen. Dabei sieht die türkische Staatsanwaltschaft Dündar als Hauptverdächtigen. Er soll als Chefredakteur von *Cumhuriyet* die politische Linie der Zeitung verändert und so der Bewegung des in den USA lebenden islamischen Predigers

Fethullah Gülen, der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) oder der linksradikalen DHKP-C geholfen haben. Im Falle ihrer Verurteilung drohen den Angeklagten bis zu 43 Jahre Haft.

Can Dündar selbst warf gestern im Gespräch mit *Junge Welt* der türkischen Regierung vor, mit der *Cumhuriyet* »die letzte Bastion der Pressefreiheit zu schleifen«. In der *Süddeutschen Zeitung* schrieb er, die einzigen Verbrechen seiner Kollegen seien »die regierungskritischen Berichte, Interviews, Schlagzeilen, Tweets und Kolumnen«. Das bedeute, dass die Mitarbeiter von *Cumhuriyet* »des Journalismus angeklagt« worden seien. *Özgürüz* berichtete, dass sich die Anklageschrift vor allem auf Artikel stützt, die in der Zeitung erschienen sind, zum Beispiel auf einen, der Waffenlieferungen der Türkei an islamistische Organisationen in Syrien aufdeckte. *Cumhuriyet*-Geschäftsführer Akan Atalay erklärte, durch den Pro-

zess solle die Zeitung zum Schweigen gebracht werden.

Am Montag morgen wies der Journalist Kadri Gürsel einem Bericht der Tageszeitung *Hürriyet* zufolge die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück, nach denen er mit mutmaßlichen Mitgliedern der Gülen-Bewegung telefoniert oder von diesen SMS bekommen habe. *Özgürüz* berichtete, dass zu diesen als belastend gewerteten Kontakten auch nicht zustande gekommene Telefonate sowie Beileidsbekundungen an Journalisten anderer Medien zählen.

In der ersten, fünf Tage dauernden Prozessrunde will das Gericht die einzelnen Anträge der Angeklagten auf Freilassung anhören und vermutlich am Freitag darüber entscheiden, ob die Beschuldigten bis zum Ende des Prozesses in Untersuchungshaft bleiben müssen.

Wie die kurdische Nachrichtenagentur ANF berichtete, haben zahlreiche Unterstützer der *Cumhuriyet*,

Menschenrechtsorganisationen, Journalistengewerkschaften und Kollegen anderer Zeitungen am Montag unter der Parole »Die Journalisten werden sich nicht beugen, sie werden siegen« vor dem Istanbul Gerichtsgebäude demonstriert. Fernsehbilder zeigten, wie die türkische Polizei mit Tränengas gegen die Protestierenden vorging. Der Prozessauftritt selbst wurde von einer großen Anzahl internationaler Delegationen begleitet.

Seit dem Putschversuch vor einem Jahr und der Verhängung des Ausnahmezustands wurden in der Türkei fast 150 Zeitungen, Magazine sowie Radio- und Fernsehsender geschlossen. Neben Medien aus dem Umfeld der Gülen-Bewegung, die von Ankara für den Umsturzversuch verantwortlich gemacht wird, traf es vor allem kurdische und linke Redaktionen. Tausende Journalisten verloren ihren Job.

■ Siehe Seite 8

Mehr Druck auf Ankara gefordert

Berlin. Im Streit zwischen der Türkei und Deutschland über verweigerte Abgeordnetenbesuche bei deutschen Militärs im NATO-Stützpunkt Konya hat Unionsfraktionschef Volker Kauder gefordert, mehr wirtschaftlichen Druck auf Ankara auszuüben. Es sei nicht hinzunehmen, dass deutsche Parlamentarier die Bundeswehrsoldaten in Konya nicht besuchen dürfen, sagte der CDU-Politiker am Montag im *ARD-Morgenmagazin*. Zugleich betonte er, man dürfe »auf gar keinen Fall das Signal senden, dass wir jetzt die Bekämpfung des IS nicht mehr ernstnehmen«. Schließlich gehe die Bundeswehr nicht »für die Türkei«, sondern als Teil der NATO gegen die Terrormiliz vor.

Der SPD-Politiker Wolfgang Hellmich forderte derweil ein »Ultimatum« an die Türkei. Es solle in der Konya-Debatte eine Frist bis Ende August gesetzt werden, sagte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages der *Welt* (Montagausgabe). Bis dahin müsse »eine Entscheidung gefallen sein«.

(dpa/iw)

Taliban bekennen sich zu Anschlag



Kabul. In der afghanischen Hauptstadt Kabul sind am Montag mindestens 26 Menschen durch eine Autobombe getötet worden. Nach Angaben der Regierung wurden mindestens 42 weitere Personen verletzt. Die Taliban bekannten sich über das Internetportal Twitter zu der Tat. Das Attentat galt einem Bus, der offiziell mit Mitarbeitern des Bergbauministeriums in einem mehrheitlich schiitisch bewohnten Stadtteil Kabuls unterwegs war. Nach Darstellung der Taliban soll es sich dagegen um Angehörige des afghanischen Geheimdienstes gehandelt haben.

Bereits am Vortag waren Taliban-Kämpfer in ein Krankenhaus im Zentrum des Landes eingedrungen und hatten mindestens 35 Zivilisten getötet.

(dpa/AFP/iw)

Duda zieht die Notbremse

Polen: Staatspräsident legt Veto gegen Gesetze zur »Justizreform« ein

Der polnische Staatspräsident Andrzej Duda hat sein Veto gegen zwei der drei Gesetze zur sogenannten Justizreform eingelegt. Der Einspruch betrifft die beiden Gesetze, die in Öffentlichkeit und Fachwelt die größte Kritik ausgelöst hatten: die Neuregelungen für den Nationalen Richterrat und den Obersten Gerichtshof. Wären sie in jener Form in Kraft getreten, in der sie die von der Regierungspartei PiS gestellte Mehrheit in beiden Parlamentskammern bereits verabschiedet hat, wären die richterliche Selbstverwaltung sowie

die Zusammensetzung des Obersten Gerichtshofs fortan von Weisungen der Regierung abhängig gewesen. Duda begründete sein Veto damit, dass es der polnischen Rechts tradition widerspreche, dass der Generalstaatsanwalt – in Personalunion der Justizminister – die Richter des Obersten Gerichtshofs ernennen solle. Ein drittes Gesetz über die Ordnung der allgemeinen Gerichte will Duda dagegen unterzeichnen.

Mit seiner Entscheidung reagiert das Staatsoberhaupt auf die seit Wochen anhaltende Kritik von Öffentlichkeit und Fachwelt an der geplanten Neure-

gelung. Die parlamentarische Opposition hatte ihre letzte Hoffnung auf das Vetorecht des Präsidenten gesetzt, nachdem sie von der PiS-Mehrheit letzte Woche nach allen Regeln der Kunst niedergestimmt worden war. Vor allem aber war aus der Kritik an der Art und Weise, mit der die PiS sich durchsetzte, eine Massenbewegung auf den Straßen geworden. Selbst vor Dudas Sommerresidenz auf der Ostseehalbinsel Hel hatten sich spontan Urlauber versammelt und unter der Parole »Die Demokratie kennt keine Ferien« ihrer Unzufriedenheit Luft gemacht.

Dudas Veto dürfte Polen zumindest kurzfristig auch vor einem – unabhängig von seinen Erfolgchancen – für das internationale Ansehen des Landes schädlichen EU-Sanktionsverfahren nach Artikel 7 des Vertrags von Lissabon retten. Selbst Polens beste Freunde jenseits des Atlantiks hatten die Regierung im Stich gelassen: Eine Sprecherin des US-Justizministeriums hatte erklärt, Washington verfolge die Entwicklung in Polen »mit großer Sorge«.

Reinhard Lauterbach

■ Siehe Kommentar Seite 8

jw wird herausgegeben von
 2.061 Genossinnen und
 Genossen (Stand 7.7.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

